«Kurz gefasst»

Zuwanderung und Kriminalität

Im vergangenen deutschen wie auch im amerikanischen Wahlkampf hat die vermeintliche höhere Kriminalitätsneigung von Migrantinnen und Migranten eine sehr grosse Rolle gespielt. Auch hierzulande ist dieses Argument in Diskussionen immer wieder zu hören. Genährt wird es durch die offensichtliche Überrepräsentanz von Ausländerinnen und Ausländern in der Kriminalitätsstatistik von vielen Ländern. So findet das Ifo-Institut in einer aktuellen Studie für Deutschland eine dreimal höhere Kriminalitätsrate unter Ausländerinnen und Ausländern verglichen mit Inländerinnen und Inländern. Dabei wird jedoch häufig ausser Acht gelassen, dass die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer demografische Eigenschaften aufweist, die auch generell mit höherer Kriminalität in Verbindung stehen. So sind Zugewanderter häufiger männlich, jung und wohnhaft in sozialen Brennpunkten mit höherer Kriminalitätsdichte. Wenn das Ifo-Institut in seiner Studie über den Zusammenhang von Ausländeranteil und Kriminalitätsraten in deutschen Landkreisen demografische und ortsspezifische Unterschiede – wie beispielsweise die lokale Arbeitslosenquote – berücksichtigt, so verschwindet die Überrepräsentanz von Ausländerinnen und Ausländern in Bezug auf Kriminalität.

Leider verfügen die Kriminalitätsstatistiken Deutschlands und auch andernorts über einige Lücken und Schwächen. So werden Kriminalitätsstatistiken von den polizeilichen Erfassungs- und Ermittlungspraktiken beeinflusst (Stichwort «racial Profiling»). Auch ist in den deutschen Landkreisdaten nicht das Herkunftsland der Tatverdächtigen ausgewiesen, und auch eine mögliche räumliche Sortierung kriminalitätsanfälliger Migrantinnen und Migranten in bestimmte Landkreise bleibt unberücksichtigt. Eine im American Economic Review sehr prominent publizierte Schweizer Studie (Couttenier, Petrencu, Rohner, Thoenig 2019) schliesst diese Lücke durch die Verwendung eines Datensatzes zu Gewaltdelikten nach Herkunftsland und das Ausnutzen der Tatsache, dass Asylsuchende nach einem vorgegebenen Verteilungsschlüssel den einzelnen Kantonen zugewiesen werden (sprich die Asylsuchenden können sich den Kanton nicht aussuchen). Es zeigt sich, dass besonders Asylsuchende, die in ihrer Kindheit Bürgerkriegen oder Gewalt ausgesetzt waren, zu mehr Gewaltdelikten neigen. Die Studie findet aber auch, dass ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt die Kriminalitätsrate von Asylsuchenden signifikant reduziert. Dies stellt einen empirischen Beleg dafür dar, dass eine schnelle Arbeitsmarktmigration nicht nur aus der Perspektive des aktuellen Arbeitskräftemangels ökonomisch sinnvoll erscheint, sondern auch gesellschafts- und sozialpolitische Vorteile hat.



Jörg Paetzold
Ökonom am Liechtenstein-Institut & assoz. Prof. an der Universität Salzburg